

# GEGEN DRUCK

linke Monatszeitung aus Bielefeld

20  
Januar & Februar 1998

2 **Monopoly  
um Standorte**  
Diskussion um  
„Drogenpavillion“ geht weiter

4 **Kriminelle Taxis**  
Prozeßflut in Sachsen wegen  
illegaler Beihilfe zur Einreise

5 **Masse statt Klasse**  
Gedenken ohne Bewußtsein:  
LL-Demo in Berlin

6 **Gegen Hetze  
und Polizeiterror!**  
7.2.1998: Antifa-Demo gegen  
den NPD-Kongreß in Passau

## Nach dem Brandanschlag in der Walther-Rathenau-Straße

# Solidarität und Ablaßzahlung

Nach dem Brandanschlag auf das Wohnhaus in der Walther-Rathenau-Straße halten offizielle Stellen weiterhin an ihrer Sprachregelung fest, es gebe keine Hinweise auf einen „fremdenfeindlichen Hintergrund“. Die Bemühungen, einen rassistischen Anschlag von vorneherein auszuschließen, begannen bereits in der Brandnacht. Noch während der Löscharbeiten gab die Polizei bekannt, daß die Brandursache ein Kabelbrand sei; eine glatte Lüge, die über den dpa-Ticker ihren Weg in die überregionale Presse fand. Nachdem diese Version nicht mehr zu halten war, war kurzfristig von Versicherungsbetrug die Rede, bis dann die derzeit aktuelle Darstellung verbreitet wurde, daß es keine Hinweise auf den oder die Täter gebe. In der NW vom 15. Januar schloß der Bielefelder Staatsanwalt Hans-Dieter Heidbrede einen „fremdenfeindlichen Hintergrund“ jedoch bereits aus. Verhindert wurden damit zumindest unliebsame Schlagzeilen in der bundesdeutschen und internationalen Presse.

Bei dem Brand in der Nacht auf Mittwoch, den 14.1. wurde ein sechsjähriger Junge getötet, weitere 25 Menschen wurden verletzt, 19 davon schwer. Die

Mutter des getöteten Jungen befindet sich nach Angaben des Chefarztes des behandelnden Krankenhauses inzwischen außer Lebensgefahr. Sie liegt jedoch weiterhin auf der Intensivstation.

### Selbstversicherung

Derweil hält sich die lokale Medienlandschaft nicht lange mit den Ungereimtheiten der polizeioffiziellen Mitteilungen auf und übt sich stattdessen im Abfeiern des eigenen Gutmenschentums. Einzig die NW vom 17.1. läßt ihren Kommentator auf Polizei und Staatsanwaltschaft los: diese „hinterlassen ein Vakuum für Spekulationen, das interessierte Scharfmacher für sich nutzen“. Die Möglichkeit eines rassistischen Anschlages wird von vorneherein ausgeschlossen, schlimm ist nicht der Brand selbst, sondern die Kritik an den rassistischen Verhältnissen hier. Der Zynismus, angesichts der Brandkatastrophe über das x-te als Spende „anvisierte Schlafzimmer“ in Begeisterungstürme auszubrechen (NW vom 17.1.), wirft ein bezeichnendes Licht auf den Bielefelder Normalzustand. Natürlich ist es eine

Notwendigkeit, Menschen in solchen Notlagen zu helfen. Wenn es sich dabei allerdings um Flüchtlinge handelt, mutiert diese Hilfe offenbar zur Selbstversicherung der eigenen weißen Weste. Angesichts des alltäglichen Rassismus in der BRD und der von der SPD

maßgeblich mitgetragenen Abschiebemaschinerie gerät z.B. die Spende der SozialdemokratInnen an die betroffenen Familien zur Ablaßzahlung.

### Solidaritätskundgebung

Einen Kontrapunkt versuchten am Freitag ca. 150 Menschen auf einer Solidaritätskundgebung in der Bahnhofstraße zu setzen. Auf Flugblättern und in Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, daß es in Bielefeld eine ganze Reihe von Brandanschlägen auf von MigrantInnen bewohnte Häuser gab, die nie aufgeklärt wurden. In dem Flugblatt heißt es, „ein rassistischer Hintergrund kann in diesem Land nie ausgeschlossen werden!“ Auf der Kundgebung und einer spontanen Demonstration zum Jahnplatz wurde zur „Parteinahme für und Solidarität mit MigrantInnen“ aufgerufen.

Außerdem wurde daran erinnert, daß die kurzfristigen Hilfsbemühungen die langfristige Situation der Betroffenen nicht bessern. So haben die vom Brandanschlag in Lübeck vor zwei Jahren betroffenen Familien noch immer keinen gesicherten Aufenthaltsstatus in der BRD.

### Verschärfte Hetze

Der Brand in der Walther-Rathenau-Straße fällt in eine Zeit, in der die öffentliche Hetze gegen MigrantInnen wieder einmal verschärft wird. Unter Hinweis auf die größtenteils kurdischen Flüchtlinge, die per Schiff nach Italien fliehen, drängt die Bundesregierung vor allem Italien und Frankreich auf verschärfte Grenzkontrollen. Österreich sicherte seine Grenze in vorausweisendem Gehorsam bereits unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Flüchtlinge an der italienischen Küste.

Was staatliche Stellen von Solidarität und Parteinahme angesichts dieser Abschottungspolitik halten, mußten kurz vor Jahreswechsel ein Diakon und ein Pfarrer aus Bethel erfahren. Sie wurden bei dem Versuch festgehalten, Flüchtlingen über die dänische Grenze zu helfen und landeten sofort in Untersuchungshaft.

So sieht die Normalität in diesem Land aus – ganz gleich, wer die Brandstiftung in der Walther-Rathenau-Straße begangen hat.

gd



Das Haus in der Walther-Rathenau-Straße während der Löscharbeiten



## Diskussion um „Drogenpavillion“ geht weiter

# Monopoly um Standorte

## Vor-Sätze

*Der Januar ist die Zeit der guten Vorsätze. Auch wir haben eine ganze Menge davon. Schließlich könnte so manches ein bißchen besser und reibungsloser klappen, was im Redaktionsgewurschel hin und wieder hinten runterfällt. Eigentlich sollte zum Beispiel in dieser Ausgabe ein ausführlicher Artikel zum Selbstverständnis dieser Zeitschrift erscheinen. Sollte, könnte, müßte ...*

*Aber den Anlaß dieser Planung wollen wir dann doch nicht verschweigen – GegenDruck wird zwei. Die Feierlichkeiten beschränken sich aber auf die Zeilen dieses Editorials. Immerhin können wir die erfreuliche Tatsache mitteilen, daß sich unsere ökonomische Situation einigermaßen gefestigt hat, so daß wir schon mal den dritten Geburtstag anpeilen – bis dahin werden wir wohl auch den erwähnten Artikel fertiggeschrieben haben.*

*Vor allem aber haben wir uns vorgenommen, auch weiterhin monatlich eine Zeitung mit Ecken und Kanten zu produzieren, die informativ und ärgerrlich, streitsüchtig und offen, präzise und polemisch sein will.*

Die Redaktion



Auch die Standortfrage um den sogenannten „Drogenpavillion“ geht in eine neue Runde. Die Bielefelder KommunalpolitikerInnen haben sich Ende November für das von „Fachleuten“ erarbeitete dezentrale Drogenhilfekonzert entschieden. Schon die Voraussetzung für die Umsetzung dieses Konzeptes, die Suche nach geeigneten Räumen, gestaltet sich schwierig.

Von der Stadtverwaltung wurden 45 (!) mögliche Räume vorgeschlagen. Bei den zur Begutachtung eingeladenen Initiativen und Organisationen wurde kräftig gesiebt. Zum Beispiel wurde die Aids-Hilfe nicht zu Rate gezogen, dafür aber die IG Metall.

Zur Realisierung des Konzeptes ist vorgesehen, drei Einrichtungen mit zeitversetzten Öffnungszeiten zu schaffen. Diskutiert wird zum einen an einen Runden Tisch, an dem sich auch der örtliche Sheriff für „öffentliche Sicherheit“ zu Wort meldete. Das Plädoyer von Polizeichef Kruse für den Standort im Veterinäramt an der Wilhelm-Bertelmann-Straße umreißt die vertretenen kommunalpolitischen Vorstellungen. Er drängt auf eine Entscheidung. Die Bedingungen für den Standort seien erfüllt, da dieser zentral sei, der Abstand zur Wohnbebauung größer und die Liegenschaft der Stadt Bielefeld gehöre. Entlarvend ist hier mal wieder der räumliche Abstand, der gehalten werden soll, die gängige, auch sichtbarmachte Trennung von „normal“ und „nicht-normal“.

Zum anderen wird in „aufgeklärten“, interessierten Bürgerkreisen diskutiert, wie denn ihr mehr oder weniger mühsam erworbenes Eigentum geschützt werden könne, der grüne Rasen anschaulich schön und die Welt in ihrer „vorgesehenen“ Ordnung bleiben könne. Aber man hat natürlich auch Mitleid mit denen, die nicht mehr so funktionieren können oder wollen, wie es ins Bild von einer „heilen Welt“ im Kapitalismus, oder wie meistens verschleiernd gesagt wird, Marktwirtschaft, paßt. Man will ihnen nicht immer gleich das Lebensrecht absprechen, aber man will sie auch nicht haben.

### Interessenfrage

Was hier passiert, heißt ganz einfach, die po-

litisch vorgegebenen Zustände individuell zu akzeptieren und sich der Verwertungslogik anzupassen. Die momentane parlamentarische Politik bietet Lösungen an, die diesem Interesse Zukunft verspricht. So lassen sich viele gerne vor den Karren der „Inneren Sicherheit“ spannen. Darin wird das dem falschen bürgerlichen Bewußtsein entgegengesetzte, personifizierte „Böse“ bekämpft, da-



mit ihnen vermeintlich „Gutes“ widerfährt. Es wird von ihnen ja „Gutes für alle“ gewollt. Ein falsches Bewußtsein, da es nicht fragt, wer und warum etwas und aus welcher Funktion und mit welchem Interesse verfolgt. Vielen reicht es, sich selbst als Maßstab für Verhalten zu nehmen und die „Anderen“ auszugrenzen, und sind damit voll auf der Verwertungslogik aufgefressen.

### Zustimmung und Folgen

Aus emanzipativen Ansätzen, kollektives Wohnen und Arbeiten im Stadtviertel, ist eine Diskussion über den „Drogenpavillion“ zu vernennen. So geht es meistens um die individuellen Ursachen und Folgen von Drogen und Sucht und wie Reformen und Veränderungen aussehen könnten, die beides anerkennen und ein erträgliches Leben ermöglichen würden.

Dieses umsetzen wollen, aber gleichzeitig mehr Polizeipräsenz zu fordern, mutet skurril an. Kontrolle und Bespitzelung steht einem erträglichen Leben diametral entgegen. In anderen Diskussionen zur gleichen Thematik wurden DrogenuserInnen mit der entgegengesetzten Begründung abgelehnt, sie bedeuteten mehr Polizeipräsenz.

Ein Gedanke, der auf ein verständliches Unbehagen beim Anblick der – nicht gerade vertrauenserweckenden – „Freunde und Helfer“ schließen läßt. Aber auch hier wird das eigene Wohnklima wichtiger genommen als die Interessen von DrogenbenutzerInnen.

Auch wird oft vergessen, was für eine Verän-

**Impressum**

Kontakt: Redaktion GegenDruck, c/o Infocafé  
Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld bzw.  
gegendruck@bionic.zerberus.de

Auflage: 2.000  
Druck: im Eigendruck  
V.i.S.d.P.: A. Kolontai

Bankverbindung: Kto. „Verein JZ Bünde“  
Nr. 210 012 902 bei der KSK Herford,  
Blz. 494 501 20, Stichwort „Medien“

GegenDruck erscheint im World Wide Web unter  
<http://www.nadir.org/nadir/periodikal/gedendruck> und im  
CL-Netz unter /cl/antifa/magazine.

GegenDruck ist im Abonnement erhältlich: 6 Ausgaben x 1 Exemplar kosten DM 10, 6 x 2–5 Exemplare kosten DM 25, 6 x 6–10 kosten DM 40, 6 x 11–50 kosten DM 50. Förderabos gibt es ab DM 3 im Monat. Spenden in aller Form sind immer willkommen. Ein kostenloses eMail-Abo ist im ASCII-Format erhältlich.

Die nächste GegenDruck erscheint am 4.3.1998. Redaktionsschluß ist der 24.2.1998. Artikel der Redaktion sind mit *gd* gekennzeichnet, andere Artikel geben unsere Meinung wieder oder nicht.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt solange Eigentum des Absenders/der Absenderin bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur-Habe-Nahme ist keine Auslieferung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Exemplare oder Teile, und nur diese, sind dem/der AbsenderIn unter Angabe der Gründe der Nichtauslieferung zurückzusenden.

derung der Situation der DrogenuserInnen notwendig ist: für eine Freigabe von Drogen, die Einrichtung von Fixerräumen und gegen eine Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen einzutreten.

Einige meinen, mit dem Aufruf „Dealer, verpißt euch!“ diese aus den politischen Zentren zu drängen und die Zahl der DrogenuserInnen zu verkleinern. Dealer haben das Interesse Geld zu verdienen und Waren zu verkaufen. Auch daß ein Mensch, der Haschisch kaufen möchte, außerdem Heroin angeboten bekommt, ist nichts Neues. Den Verkauf der Droge zu verhindern ist nur eine Seite dieses Aufrufes. Ausgeblendet bleibt, daß es eine Notwendigkeit für UserInnen ist, zu kaufen.

Per Gesetz wird in der BRD eine Einteilung von erlaubten Drogen wie Nikotin, Coffein und Alkohol und verbotenen, wie unter anderem Kokain, Heroin gemacht. Die Stoffe Haschisch und Marihuana befinden sich gesetzlich gerade im Schwebestand zwischen legal und illegal – je nach Bundesland. Historisch gezeigt hat sich, daß sich durch ein Verbot eines rauscherzeugenden

Stoffes dessen Gebrauch nicht verhindern läßt.

### Um was es geht

Eine Frage, die sich bei Betrachtung der aktuellen Geschehnisse stellt, ist: Um wen oder was geht es in diesen Diskussionen überhaupt? Um Häuser, Wählerstimmen, Parteiklüngel, saubere Vorgärten und Kinderspielplätze, selbstbestimmtes Wohnen oder um Unterstützung für DrogenbenutzerInnen?

Letzteres wird in den Diskussionen oft ausgeblendet oder den „Fachleuten“ überlassen. Sie sollen sich Gedanken machen um die gesundheitlichen Einschränkungen durch gestreckte und unreinigte Stoffe und die soziale Verelendung, durch Fixierung auf die Droge und die Frage der Beschaffung.

Die Probleme der Junkies, deren Alltagsaufgabe darin besteht zu überleben, was sie mit der Droge und dem Rausch wollen oder können, interessiert dabei nur wenige.

Toni

## US-Geheimdienst liest mit

London. Während man hierzulande um den sogenannten Großen Lauschangriff, die elektronische Überwachung von Wohnungen bei Strafverfolgung, noch stritt, war der globale Lauschangriff längst Realität: Ein US-Geheimdienst kann mit einem weltweiten elektronischen Überwachungssystem jedes Telefongespräch, jede EMail oder Telex-Kommunikation abhören. Was bislang nur als Gerücht kursierte, wurde von einer Kommission des europäischen Parlaments bestätigt, berichtete der Londoner Telegraph.

Gemäß EU-Report läßt die weltgrößte Geheimdienstorganisation, die US National Security Agency (NSA), mit ihrem Echelon-System europaweit E-mails, Telefongespräche und Faxe routinemäßig überwachen. Gesammelt werden die Informationen im englischen Menwith Hill (nahe

Leeds) und von dort per Satellit nach Fort Meade im US-Bundestaat Maryland weitergeleitet.

Echelon verarbeitet wahllos riesige Informationsmengen, die mittels MEMEX, einem Analyseprogramm der künstlichen Intelligenz, auf Schlüsselwörter hin untersucht werden. Dazu greift das Spionagesystem auf nationale Wörterbücher zurück, die jeweils mit länderspezifischen Informationen versehen sind. Ein spezielles Spracherkennungssystem namens „Oratory“ soll jahrelang Gespräche zwischen Diplomaten abfangen haben. Obwohl Echelon noch während des Kalten Krieges entwickelt wurde, hat man es auf nicht-militärische Ziele ausgerichtet: im Visier stehen Regierungsstellen, Organisationen und die Wirtschaft.

c't



Menwith Hill: die größte Spionagestation der Welt

## BIJI hört auf

Nürnberg/Erlangen. Die Wochenzeitung BIJI wird künftig nicht mehr regelmäßig erscheinen.

Grund für die Einstellung des seit 3 1/2 Jahren kontinuierlich arbeitenden Zeitungsprojektes mehrerer Kurdistan-Solidaritätsgruppen ist die Einsicht, daß „die Beschränkung auf ‚Informationen aus Kurdistan und der BRD‘ nicht mehr sinnvoll ist. Die Kurdistan-Solidaritätsbewegung in Deutschland, auf die sich BIJI bezogen hat, existiert nicht mehr. Es ist mittlerweile schwer mögliche Positionen der PKK zu finden, auf die man sich positiv beziehen könnte. Es lohnt sich nicht mehr.“

Die HerausgeberInnen wollen sich mit der Einstellung der Zeitung jedoch nicht zurückziehen, sondern in anderen Projekten ihre „revolutionäre(n) und internationalistische(n) Positionen“ weiter verfolgen.

Von anderen regelmäßigen Veröffentlichungen zum kurdischen Befreiungskampf hob sich die BIJI vor allem durch ihre eigene Positionierung zu den berichteten Ereignissen ab. Die Einstellung der regelmäßigen Erscheinungsweise ist damit der konsequente Schritt ihrer zunehmend kritischen Sicht auf die Rolle der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Ihre Berichte werden jedoch bei der Analyse und Bewertung aktueller Ereignisse fehlen.

gd

\*\*\*

## APO-Kongreß im April

Berlin. Am 11. April soll anlässlich des 30. Jahrestages des Attentats auf Rudi Dutschke in der FU Berlin ein APO-Kongreß stattfinden.

Die VeranstalterInnen möchten mit ihrem Kongreß in erster Linie diejenigen ansprechen, die sowohl die Parlamentarische Demokratie kritisieren als auch in deren Vertretungen nicht zu Wort kommen. Zudem sollten jene in Opposition zu den herrschenden Verhältnissen stehen und nicht der Meinung sein, daß „sie mithilfe von Reformen zum Guten verändert werden können“.

Zur Vorbereitung auf den Kongreß wird die Lektüre von „Kant, Hegel und Marx sowie die Schriften der Kritischen TheoretikerInnen und der ProtagonistInnen der APO“ empfohlen. Wer neben dem Lesen noch etwas Zeit hat, kann sich im März jede Woche auf ein Vorbereitungstreffen begeben. Auf den Treffen soll über mögliche (!) Inhalte und Strukturen beraten werden.

Auf dem Kongreß soll es prinzipiell freitlich zugehen: Reden dürfen alle, Geld gibt's für's Reden keins, dafür braucht sich auch niemand anzumelden. Das Übernachtungsproblem muß jedeR potentielle TeilnehmerIn selbst lösen, Essen gibt es evtl. in der Mensa der FU.

Wer noch mehr Infos braucht, bekommt diese beim Vorbereitungskomitee:

Vorbereitungsgroupe/Kongreßkomitee, c/o Argument, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin oder im WWW unter <http://www.berlinet.de/trend/APO>

gd

\*\*\*

## Hausdurchsuchungen in Antifazusammenhängen

**Göttingen.** Zu mehreren Hausdurchsuchungen kam es im Dezember in Berlin und Göttingen. Begründet wurden sie mit Ermittlungsverfahren wegen angeblicher „gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und gemeinschaftlicher öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“. Die Beschuldigten sollen Straßenumbenennungsaktionen in Berlin durchgeführt sowie Aufkleber mit der Parole „7. Februar, Passau – NPD Kongress angreifen!“ verbreitet haben.

Insgesamt wurden in Berlin zehn und in Göttingen eine Wohnung durchsucht. Mindestens drei Personen wurden erkenntnisdienlich behandelt. Während in Berlin Computersoftware, verschiedene Datenträger und Papiere beschlagnahmt sowie der Inhalt von Festplatten kopiert wurde, fand die Polizei in Göttingen lediglich fünf Aufkleber, ein Plakat und einen drei Jahre alten Text.

Ziel der Durchsuchungsaktionen war es nach Meinung der Betroffenen, linke Strukturen auszuleuchten und zu zerschlagen. In einer Presseerklärung der *Autonomen Antifa (M)* aus Göttingen heißt es dazu: „Hausdurchsuchungen wegen Verklebens von Aufklebern, DNA-Analysen wegen geringfügiger Sachbeschädigung, willkürliche Fahrzeugkontrollen im Vorfeld von Demonstrationen fern ab vom eigentlichen Veranstaltungsort, all dies zeugt von einem unbedingten Kriminalisierungswillen gegen jegliche Art von linkem Widerstand. Der vollkommen unverhältnismäßige Ermittlungsaufwand wegen Lappalien zielt einzig und allein auf die Einschüchterung und Zerschlagung des Widerstandes ab.“

gd



## Was und wer sind die „Grauen Wölfe“

**Bielefeld.** Am 21. Januar findet im Raum V2-205 in der Universität Bielefeld um 18 Uhr eine Informationsveranstaltung über die Vernetzung türkischer FaschistInnen in der BRD statt. Kemal Bozay, Mitautor des Buches „Graue Wölfe heulen wieder“, hat sich intensiv mit den politischen Strukturen dieser Jugendorganisation der rechtsextremen Partei der nationalen Bewegung (MHP) beschäftigt. Die VeranstalterInnen, *AntiFa-AG* der Uni Bielefeld, aktive Schülerinnen des Oberstufenkollegs, *AG Junge GenossInnen*, möchten im Rahmen dieser Veranstaltung dazu beitragen, daß dieses Themengebiet breiter und öffentlicher diskutiert wird.

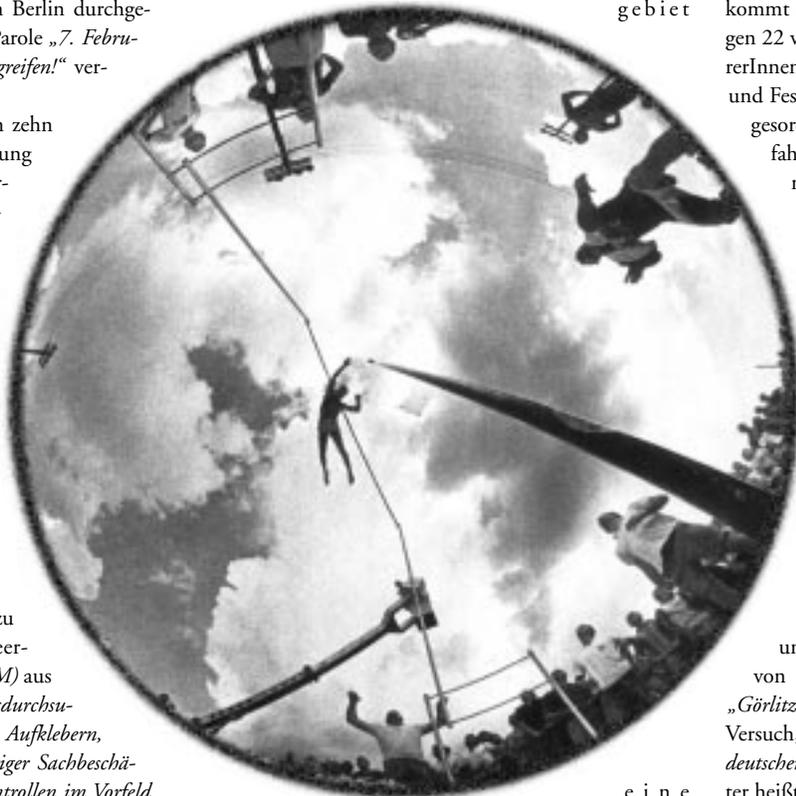
gd



## Prozeßflut in Sachsen wegen illegaler Beihilfe zur Einreise

# Kriminelle Taxis

Das neue Jahr bringt nichts Neues. Auch nicht in Sachsen. Startete bereits im letzten Jahr der Bundesgrenzschutz (BGS) im sächsischen Grenzgebiet



sich bei seinem „Vergehen“ um organisierte Kriminalität handele. Sein Knastaufenthalt scheint damit unausweichlich zu sein. Ein Schicksal, das nicht nur ihm droht. Im Landkreis Löbau-Zittau kommt es derzeit zu einer wahren Prozeßflut; gegen 22 von 73 im Landkreis registrierten TaxifahrerInnen wird ermittelt. Willkürliche Kontrollen und Festnahmen durch den BGS sind an der Tagesordnung. So wurde zum Beispiel ein Taxifahrer aus Chemnitz im Sommer '96 bei einer Fahrt kurz vor Berlin gestoppt. Unter dem Vorwurf, er hätte seine Fahrgäste illegal über die Grenze geschleust, wurde er 24 Stunden festgehalten und verhört.

### Und die Reaktion der TaxifahrerInnen?

Nachdem zunächst die beiden TaxifahrerInnenverbände die BGS-Forderungen übernommen hatten und Tips gaben, wie illegale Flüchtlinge erkennbar sein könnten, demonstrierten im Dezember etwa 50 KutscherInnen aus Hamburg, Berlin und den Grenzregionen in Görlitz. In einer von fast 200 FahrerInnen unterschriebenen „Görlitzer Erklärung“ protestierten sie gegen den Versuch, ihr Gewerbe „für die rassistische Politik deutscher Behörden“ zu instrumentalisieren. Weiter heißt es in ihrer Erklärung: „Die Beförderungspflicht des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) gilt für alle Menschen. Gegen geltende Gesetze verstößt nicht, wer alle Menschen befördert, sondern wer dazu aufruft, eine bestimmte Gruppe von Menschen von der Beförderung auszuschließen.“

(...) Wir werden auch in Zukunft Menschen, ausländischen Aussehens, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck und nasser Kleidung' zu den geltenden Beförderungsbedingungen zum Fahrziel bringen.“

gd



eine rassistische Selektionskampagne gegen alle Menschen, die nicht „typisch Deutsch“ aussehen, keine blonden Haare, keine blauen Augen, haben, so setzt er sie auch in diesem Jahr fort.

Zur Vorgeschichte: im letzten Herbst verurteilte das Amtsgericht Zittau zwei sächsische Taxifahrer zu einem Jahr und zehn bzw. einem Jahr und vier Monaten Haft ohne Bewährung. Das „Vergehen“: Indem sie in einem bzw. mehreren Fällen Jugoslawen beförderten, hatten sie sich des „Einschleusens von Ausländern“ und der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ schuldig gemacht. Denn laut Gericht hätte ihnen auffallen müssen, daß es sich bei den Jugoslawen um sog. „Illegale“ handelt (siehe *gd* 17). Die Kriterien, an denen „Illegale“ erkannt werden, wurden zuvor in einem Flugblatt festgelegt, das der BGS in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien an alle TaxifahrerInnen verteilte: „ausländisches Aussehen, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck und nasser Kleidung“. Weiterhin forderte er die FahrerInnen auf, „offensichtlich illegal eingereiste Personen“ nicht zu befördern oder mittels eines geheimen Codes über Taxifunk die Einsatzzentrale des BGS zu informieren.

Im Januar '98 hat nun das Landgericht Görlitz die Berufung eines der beiden verurteilten Taxifahrer abgelehnt, mit der Begründung, daß es

## Masse statt Klasse

Wieder einmal jährte sich Anfang Januar der Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Am 15. Januar 1919 wurden sie im Auftrag der SPD-Führung von Freicorps ermordet. Seitdem finden am Jahrestag der Ermordung Kundgebungen statt, die einerseits dem Gedenken dienen, andererseits als politische Kundgebungen genutzt werden. So auch die alljährliche Demonstration in Berlin zur Gedenkstätte der SozialistInnen. Im letzten Jahr noch als *Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Demo* (kurz LLL) betitelt, mußte dieses Jahr Lenin kurzerhand der Massenkompabilität weichen, die Demo wurde zur LL-Demo verkürzt, Lenin aus dem Gedenken gestrichen. Vergessen scheint die Solidarität mit der Russischen Revolution, aufgrund derer Lenin 1924 nach seinem Tod in die Ehrung mit aufgenommen wurde.

In diesem Jahr gedachten etwa 15.000 Menschen in der Demonstration den beiden GründerInnen der Kommunistischen Partei. Wie auch schon in den beiden Jahren zuvor gab es auch in diesem Jahr einen revolutionären Antifablock, diesmal unter dem Motto *„Der Kampf geht weiter ... – Organisiert den revolutionären Widerstand! – Antifaschistisch kämpfen!“*. Während der Demonstration kam es immer wieder zu Übergriffen seitens der Polizei auf diesen Block, behelmte Einsatzkräfte brachen mehrmals mit großer Brutalität in den Demozug ein, um TeilnehmerInnen niederzuschlagen und festzunehmen; 21 Personen befanden sich am Ende in Polizeigewahrsam. Dennoch sprechen die VeranstalterInnen von einem vollen Erfolg.

Auferufen zu der Demonstration hatte in diesem Jahr ein breites Bündnis aus verschiedensten Gruppen. Zum ersten Mal fand sich auch die PDS unter den UnterzeichnerInnen. Was an sich kein Grund zum besonderen Hervorheben wäre, wenn nicht gerade diese Tatsache von vielen teilnehmenden Antifagruppen als Erfolg proklamiert worden wäre. Fraglich bleibt, was daran erfolgreich sein soll, wenn eine Partei nun eine Demo unterstützt, von deren TeilnehmerInnen sie sich im letzten Jahr noch distanziert hat. Spricht das

dann für den Wandel der Partei oder für den Wandel der Inhalte der Demonstration? (An dieser Stelle ist sich noch einmal kurz das verschwundene L ins Gedächtnis zu rufen ...).

Ein Blick in den gemeinsamen Demoauftrag hilft dann die Prioritäten der VeranstalterInnen zu klären. Abschließend heißt es dort *„Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf: GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen, FeministInnen, SozialdemokratInnen, SozialistInnen und KommunistInnen,*



**Geschichtslosigkeit aus Tradition: SPD-Fahne während des Gedenkens an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts**

*Grüne und ChristInnen, Autonome, Menschen aus sozialen, Jugend- und Bürgerbewegungen sollten gemeinsam demonstrieren.*“ Da können sich dann auch die politischen NachfolgerInnen der Mörder Luxemburgs und Liebknechts in die Demo einreihen, solange die Masse stimmt. Spätestens an dieser Stelle werden Inhalte egal, Hauptsache es geht irgendwie gemeinsam.

Bei der Suche nach Gemeinsamkeiten wird dann auch schon einmal die Geschichte zur Nebensache und verdrängt. Denn wie weit das Erinnern reicht, zeigt sich an der Flagge der SPD, die vor den Gräbern der beiden ermordeten RevolutionärInnen gezeigt wurde, ohne daß sie Proteste hervorgerufen hätte.

*Karla Ampf*



## Farbbeutel an Warwegs Haus

Bielefeld. Studenten eines sogenannten *„Studentischen Exekutiv-Kommandos“* (SEK) haben in der Nacht auf Sonntag das Privathaus des Schilderfabrikanten Uwe Warweg mit Farbbeuteln beworfen. In einem Schreiben an unsere Zeitung von gestern heißt es: *„Wir haben das Haus mit ein paar bunten Ostereiern weihnachtlich dekoriert.“*

Warweg selbst nennt die Studenten ebenfalls in einem Schreiben von gestern: *„gewaltbereite Täter“*. Diese Gewaltbereitschaft ohne jeden nachvollziehbaren Grund lasse um die Arbeitsplätze bangen, da niemand bereit sei, unter diesen entwürdigenden Umständen Unternehmer zu sein und Mitarbeiter zu beschäftigen.

Ein Teil der Belegschaft bei Schilder Warweg streikt seit dem 18. August für den Abschluß eines Haustarifvertrages.

*Neue Westfälische*



## Gegen das „Nationale Infotelefon Rheinland“

Düsseldorf. Das *„Nationale Infotelefon Rheinland“* (NIT Rheinland) ist eine der zentralen Schaltstellen der deutschen Neonazi-Szene. Über die Verbreitung rassistischer und nationalistischer Hetze hinaus betreibt das NIT Rheinland die Mobilisierung und weitere Organisation des braunen Sumpfes. In zunehmendem Maße übernimmt das NIT und die dahinter stehende *„Kameradschaft Düsseldorf“* zentrale Aufgaben bei der Koordination bundesweiter Aktionen. Die *„Kameradschaft Düsseldorf“* ist Teil der militanten neonazistischen Szene, die sich in den letzten Jahren reorganisiert hat und wieder verstärkt Aktivitäten entfaltet.

Dies geschieht im Kontext einer gesellschaftlichen und politischen Rechtsentwicklung, die sich vor allem in der Übernahme extrem rechter Positionen durch die Regierenden und einer zunehmenden sozialen Ausgrenzung sogenannter *„Randgruppen“*, wie etwa MigrantInnen oder SozialhilfeempfängerInnen, ausdrückt. Damit werden häufig Anknüpfungspunkte für Aktivitäten von Neonazi-Organisationen geschaffen.

Wehren wir uns gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft! Lassen wir nicht zu, daß sich Neonazis weiterhin organisieren können! Weg mit dem *„Nationalen Infotelefon Rheinland“*!

Kommt zur Demonstration am 31.1.1998 in Düsseldorf. Die Auftaktkundgebung findet um 12.00 Uhr auf dem Shadowplatz statt.

Weitere Informationen zur Demo:

*Antifa-KOK, c/o ASa der FH, Georg-Glock-Str. 15, 40474 Düsseldorf, Tel.: 0172-2111311, Fax: 0211-452369, e-Mail: kok@anarch.free.de, WWW: http://www.free.de/antifa/kok*

*Antifa-KOK / gd*



7.2.1998: Antifa-Demo gegen den NPD-Kongreß in Passau

## Gegen rassistische Hetze und Polizeiterror!

Am 7.2.1998 will die faschistische *Nationaldemokratische Partei Deutschland* (NPD) mit ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) im niederbayerischen Passau in der dortigen Nibelungenhalle einen Bundeskongreß abhalten. Im Internet sowie in parteieigenen Zeitungen werden diverse Redner aus der Nazi-Szene, u.a. wiederum Jürgen Rieger aus Hamburg, sowie kulturelle Einlagen versprochen (z.B. ein Auftritt des Nazibarden Frank Rennicke). Die NPD ließ verlauten: „Wenn alle kommen, kann es der Tag des nationalen Widerstandes werden!“ Es ist davon auszugehen, daß dieser Kongreß eine der zentralen faschistischen Propagandashows im Bundestagswahljahr 1998 werden wird. Die NPD hat die Genehmigung für die Halle längst und macht für den 7. Februar '98 mobil. Anfang Januar waren bereits 60 Busse re-

13. September '97 wurden in Leipzig bzw. Hamburg Aufmärsche federführend von der NPD bzw. JN geplant, die allerdings nicht zuletzt aufgrund antifaschistischer Gegenmobilisierungen verhindert wurden.

### Die Jungen Nationaldemokraten

Die Integrationsfunktion der JN zieht vor allem beim Rekrutieren junger Nazis. Die JN versucht, überall wo sie auftritt, sich zusehends von klassischen Nazi-Themen zu lösen und nun auch zu anderen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Drogenpolitik oder Atomkraft Stellung zu beziehen. Mittlerweile ist jede größere Naziveranstaltung in Zusammenhang mit der NPD/JN zu bringen. Ein Schwerpunkt für die Nazi-Hetze ist hierbei das Bundesland Bayern.

welches Thema ihn unter anderem zentral mitbestimmen wird: Die sogenannte Innere Sicherheit. Im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf im Herbst 1997 wurde deutlich, wie unverhohlen nahezu sämtliche Parteien auf den Zug der vermeintlichen Kriminalitätsbekämpfung und der Etablierung des law-and-order Staates aufspringen. Es wurden Schreckensszenarien entwickelt, die im Kern auf Ausgrenzung der Menschen hinausliefen, die aus den Verwertungszusammenhängen einer ausschließlich auf Gewinnmaximierung fixierten Gesellschaftsform herausfallen.

So wurde z.B. gegen angeblich „aggressive Bettelei“ gehetzt und damit gegen die soziale Praxis derjenigen, die den Kriterien der Verwertbarkeit nicht mehr entsprechen. Dabei produziert dieses System sozial Schwache. Die Propaganda im Wahlkampf war ein Kampf gegen die Armen und nie gegen die Armut selbst.

Die Zuschreibung des Kriminellen verlief zu meist entlang rassistischer Klischees und betraf damit vor allem Flüchtlinge. Hamburgs Ex-Bürgermeister Voscherau (SPD) sprach z.B. von der „eingewanderten Gewaltkriminalität“. Eine Koalition von SPD, CDU, FDP bis hin zu Nazi-Parteien wie der DVU, NPD oder den *Republikanern* übertraf sich gegenseitig an Polizeistaatsrhe-



bschiebung  
inelle Aus-  
er Innen-  
aufvollzug“.  
Recht und  
und je ein  
st die Ord-  
enden, die  
autoritären  
onstrukt ei-  
schaft“ sta-  
Eine Ge-  
den grund-  
d e n  
satz zwi-  
unten ver-  
it der Dis-  
derheiten,  
zusammen-  
e Methode  
sowie von  
die Metho-  
n einer Ge-  
nd Unter-  
en kapitali-  
windenden  
gration und  
chung der  
den dieser  
en z.B. For-

faschistischen Netzwerk. Nach dem Verbot diverser Nazi-Parteien stellt sie ein Sammelbecken für Neo-Nazis sämtlicher Couleur dar. Die funktionierende Infrastruktur der NPD bzw. ihr Status als legale Partei bietet die Möglichkeit zur organisatorischen Spitze faschistischer Mobilisierungen. Exemplarisch dafür steht zum Beispiel der 1. März '97 in München, wo 5.000 Alt- und Jungnazis gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschierten. Auch am 1. Mai '97 sowie am

sten Mal in der Geschichte der NPD ein Ortsverband gegründet, im Landkreis das vermehrte Auftreten von jugendlichen Nazis registriert.

### Ein NPD-Thema und der Bundestagswahlkampf 1998

Der Bundestagswahlkampf 1998 hat noch nicht wirklich begonnen und trotzdem ist klar,

derungen von Naziparteien wie der NPD von etablierten Parteien zum Thema gemacht.

Wenn der SPD-Kanzlerkandidat im Wartestand Schröder meint: „für kriminelle Ausländer gibt es nur eins: Raus und zwar schnell“ und damit Applaus bei der Parteibasis findet, zeigt sich, wie das Bewußtsein nach rechts verschoben worden ist. Gerade die SPD, die in weiten Teilen der Bevölkerung als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als mit den Gewerkschaften verbundene Interessen-

vertretung der Lohnabhängigen angesehen wird, spielt eine besondere Rolle bei der rassistischen Verdrehung der sozialen Frage. Soziale Probleme werden zur nationalen Schicksalsfrage umgedichtet, indem z.B. Nicht-Deutsche zu Schuldigen für die Massenentlassungen erklärt und die verlogene Schicksalsgemeinschaft des „Standort Deutschland“ propagiert wird. Wenn der faschistische Mob zuschlägt, so ist das nicht getrennt zu sehen von dieser Politik der etablierten Parteien.

Die Weichen für eine Themenstellung im Bundestagswahlkampf, der von faschistischen Parteien auf der Basis der Diskussion um „Innere Sicherheit“ maßgeblich beeinflusst werden wird, sind längst gestellt. Und nicht zuletzt um international prestigeeerstörende Wahlerfolge von rechts zu vermeiden, wird wieder versucht werden, durch Integration von Inhalten der Nazi-Parteien Wählerpotentiale an sich zu binden.

### Nazi-Großveranstaltungen und der Standort Passau

Der Plan der NPD, in Passau den Bundeskongress abzuhalten, stößt in der niederbayerischen Provinzstadt auf denkbar günstigen Boden. Die DVU, eine weitere Nazi-Partei unter Führung des Münchener Multimillionärs Frey, hält seit 17 Jahren ihre Großkundgebung mit zuweilen bis zu 5.000 Zuhörern in derselben Halle ab, die übrigens aus der NS-Zeit stammt und architektonisch wie namentlich daran zurückerinnert.

Mittlerweile ist die Nibelungenhalle durch den angekündigten NPD-Kongress zum Gegenstand heftiger Diskussionen geworden. Der neueste Plan der Stadtverwaltung ist, sie abzureißen. Die seit nahezu 50 Jahren durchgehend CSU-dominierte Stadt ist immer wieder durch braune Umtriebe aus Vergangenheit und Gegenwart aufgefallen. Sie ist dennoch hin und wieder peinlich bemüht, einem der größten Wirtschaftsfaktoren der Region, dem Tourismus, nicht den Boden zu entziehen.

Doch das braune Image wird die Stadt nicht los, und das zurecht. Die DVU konnte in der tief-schwarzen Lokalpresse in den 80ern noch hemmungslos Werbung betreiben. Die Haltung der Stadtoberen änderte sich im Zuge größerer Protestes sowie der wachsenden Bedeutung von Weltoffenheit für die Etablierung der zeitgeistgerechten Universität und des Wirtschaftsstandortes Passau. Der Widerstand geht allerdings bis heute nicht über Lippenbekenntnisse hinaus.

Dennoch gibt es seit 1983 kontinuierlichen Protest in Passau gegen die DVU-Kundgebung. Der Höhepunkt war 1992 erreicht, als 4.000 Menschen auf die Straße gingen und ein breites Bündnis von autonomen AntifaschistInnen bis

hin zu bürgerlichen Gruppierungen die antifaschistische Demonstration unterstützte. Trotz der Behinderung durch die Stadt Passau konnte über die Jahre hinweg erfolgreich gegen die DVU mobilisiert werden.

Unter erschwerten Bedingungen wie dem weitgehenden Fehlen einer liberalen Öffentlichkeit oder der Gleichgültigkeit der katholisch-unterwürfig sozialisierten Mehrheitsbevölkerung, gab es kontinuierliche antifaschistische Arbeit. Nicht umsonst setzte im Jahre 1995 eine massive Kriminalisierungswelle gegen die örtliche Antifaszene ein, die das Ziel hatte, örtliche Strukturen zu zerschlagen. Mehrere Male wurden Wohnungen durchsucht und Verfahren nach § 129a eingeleitet, eines davon gegen einen damals 15-jährigen. Die bayerische Polizeistrategie erlaubt dabei fast alle Register zu ziehen, um zu versuchen, aktive Antifas einzuschüchtern oder zu demoralisieren. Willkürliche Kontrollen wurden zur Regel und gingen Hand in Hand mit einer Dif-



famierungskampagne, losgetreten von ansässigen reaktionären Politikern oder der Passauer *Neuen Presse*, die allein auf weiter Flur in der gesamten Region die Meinungsführerschaft besitzt. So wurde z.B. öffentlich von dem Passauer CSU-Landtagsabgeordneten Gebhard Glück dazu aufgefordert, die Antifa als „Passauer Terror-Gruppe“ zu bezeichnen. Die Stadt hingegen verlor jährlich ihren lächerlichen Alibi-Prozess gegen die DVU. Mittlerweile werden die Prozesse gegen die DVU nicht mehr geführt, gegen die NPD wird gar nichts mehr in diese Richtung unternommen. Das ist nach dem Rückzug fast aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in Passau aus dem Bündnis gegen die DVU das Einzige, was offiziell zur Gegenwehr erklärt wurde. Gemäß dem Motto „warten bis es vorbei ist“ wird in Passau seit eh und je politisch Position gegen die faschistische

DVU oder auch die NPD bezogen, und dann auch noch gegen diejenigen agitiert, die sich offen und effektiv zur Wehr setzen.

### Den antifaschistischen Widerstand organisieren!

Wir werden als AA/BO zur bundesweiten Antifa-Demo unter dem Motto: „Gegen den NPD-Kongress vorgehen. Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und rassistische Hetze!“ aufrufen. Die Etablierung sämtlicher faschistischer Propagandashows muß verhindert werden. Dabei genügt es allerdings nicht, nur die Nazis und ihre Inhalte anzugehen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Trends muß die rassistische Formierung, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt und die sich um die Debatte zur „Inneren Sicherheit“ manifestiert, herausgestellt und angreifbar gemacht werden. Ihren Hauptbezugspunkt hat diese Hetze bei Parteien wie der NPD. Das Wechselspiel zwischen faschistischer Ideologie und den Inhalten der sogenannten Volksparteien ist unübersehbare Realität und muß speziell im Wahljahr 1998 nicht nur in Passau Thema und Angriffspunkt konsequenter AntifaschistInnen sein. Zudem finden wir es notwendig, gerade in der Provinz solidarisch mit den örtlichen Antifas zu agieren und sie zu unterstützen bei ihrem Versuch, der erdrückenden Indifferenz etwas entgegenzusetzen.

Deswegen fordern wir alle auf, am 7. Februar 1998 nach Passau zu kommen, um entschlossen und zahlreich der NPD und ihren dumpfen Parolen

entgegentreten.

Diese weitere Nazi-Großveranstaltung in Passau dürfen wir genauso wenig wie die DVU-Kundgebung tatenlos hinnehmen, viel mehr ist spätestens jetzt die Zeit reif für breiten Protest.

*Achtet auf Ankündigungen, Informationsveranstaltungen, Mitfahrmöglichkeiten!*

*Kommt alle zum Aktionstag nach Passau!*

*Organisiert den antifaschistischen Widerstand!*

Demoauftakt: 7.2.1998, 14 Uhr auf dem Rathausplatz Passau. Ab 9 Uhr morgens sind im Innenstadtbereich zahlreiche Antifa-Kundgebungen angemeldet!

Plakate, Aufrufe sowie Manuskripte zur Infoveranstaltung können bestellt werden bei: *Autonome Antifa (M), clo Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen, Fax & Fon: 0551-549081* ☛ *Antifaschistische Aktion/BO* ☛

**Mit Wut und Witz gegen jeden Castor-Transport,  
bis zur Stilllegung aller Atomanlagen**

## Nix fährt mehr!

Für das Frühjahr 98 haben AKW-BetreiberInnen und PolitikerInnen den nächsten Castor-Transport in ein „Zwischen“lager geplant. Diesmal vom AKW Neckarwestheim ins Brennelemente-„Zwischenlager“ Ahaus. Sie meinten damit die Lehren aus dem heftigen Widerstand in Gorleben gezogen zu haben. Im vermeintlich „widerstandsfreien“ Ahaus hofften die BetreiberInnen, völlig problemlos Atommüll einlagern zu können. Dies war ein Irrtum. Tatsächlich weht ihnen heute in Ahaus der Wind ins Gesicht. Für den nächsten Transport sollen allein dort 18.000 PolizistInnen aufgeboten werden, um den Widerstand von Anfang an in einer Übermacht zu erdrücken. Nicht mit uns!

### Von Neckarwestheim bis Ahaus: der Castor geht uns alle an!

Den Castor verhindern, bevor er losfährt. Das bleibt unser Ziel! Daher rufen wir zu lebhaften Widerstandaktionen von Neckarwestheim bis Ahaus auf. An beiden Orten liegen die Schwerpunkte der „Nixfährtmehr“-Kampagne. Entlang der gesamten Strecke sollen viele weitere Aktionen stattfinden. Alle AktivistInnen aus dem Süden fordern wir auf, sich am Widerstand in Neckarwestheim zu beteiligen. Sollte der Castor dennoch das AKW verlassen, bleibt noch genügend Zeit, um auch in Ahaus aktiv zu werden

Die WiderständlerInnen in Neckarwestheim und Ahaus haben sich in einer antiatomaren „Städte“Partnerschaft gegen den geplanten Transport gestellt. Eine ähnliche Unterstützung gegen den Atomstaat haben die beiden Atommüll-„zwischen“-lagerstandorte Ahaus und Gorleben geschlossen. Transporte nach Gorleben sind auch weiterhin geplant. Dabei ist auch nicht auszuschließen, daß ein solcher Transport zeitgleich mit dem Transport Neckarwestheim-Ahaus durchgeführt wird. Händeringend suchen AKW-BetreiberInnen und Bundesregierung nach einer Möglichkeit, ihren Atommüll irgendwo loszuwerden. Tatsächlich gibt es diese Möglichkeit nirgendwo auf der ganzen Welt. Castortransporte, Wiederaufarbeitung (WAA) im Ausland und „Zwischen“lagerung sollen suggerieren, es gäbe einen Weg, Atommüll sicher zu entsorgen. Die sogenannte „Zwischen“lagerung des Atommülls, sowie dessen Wiederaufarbeitung im französischen La Hague und im englischen Sellafield dienen den BetreiberInnen als Entsorgungsnachweis, der für den Betrieb der Atomkraftwerke (zumindest nach derzeitiger Gesetzeslage) notwendig ist. Die auslaufenden Verträge der AKW-BetreiberInnen mit den WAAs führen dazu, daß die BetreiberInnen zukünftig vermehrt den Weg der „Zwischen“lagerung gehen müssen, sollen ihre AKWs denn weiterlaufen. Dies würde häufige Transporte in die „Zwischen“Lager bedeuten. Ahaus und Gorleben spielen in ihren Plänen eine zentrale Rolle.

Die Atomtransporte sichern somit den Betrieb der Atomanlagen. Sie sind die Achillesferse der Atomindustrie, denn wenn die Lagerkapazitäten der AKWs erschöpft sind, müssen diese abgeschaltet werden. Wir wollen mit unserem Widerstand an diesem Knackpunkt ansetzen, um das gesamte Atomprogramm zu Fall zu bringen. Die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen ist unser Ziel! Castor-Stopp geht uns alle an!

### Die Stärke des Widerstandes

Zeitungsanzeigen, Unterschriftensammlungen, Gottesdienste und Treckerdemos, Hüttendörfer, Demonstrationen, Sabotageaktionen und Barrikadenbau sind Ausdruck der Vielfalt des Widerstandes. Nur gemeinsam, mit Toleranz und Rücksichtnahme, sind wir bei aller Unterschiedlichkeit stark genug. Die HERRschende Politik möchte den Widerstand spalten.

Wo „friedlicher“ Protest Jahrzehnte lang ignoriert, verschwiegen oder beiseite geräumt wurde, werden nun Menschen, die durch Blockaden und Sabotage, durch Anketten oder Schienen zersägen den Widerstand praktisch werden lassen, als GewalttäterInnen, RandaliererInnen und ChaotInnen diffamiert. Nur der gemeinsame Widerstand kann BetreiberInnen und herrschende Politik zum Umdenken zwingen. Die Vielfalt, zu der unterschiedlichste Aktionsformen gehören, ist unsere Stärke. Von Neckarwestheim bis Ahaus soll jedeR Widerständische eigenverantwortlich entscheiden, wie sie/er handelt. Dabei gehört es für uns selbstverständlich dazu, daß niemand die Aktionsformen des/der anderen verhindert, behindert oder auf sonstige Weise ins Gegenteil verkehrt. Gemäß dem Grundsatz der Anti-Atom-Bewegung, keine Menschen zu gefährden, wollen wir keine Gewalt gegen Menschen und fordern ein verantwortungsvolles Verhalten während der Aktionen.

### Legal und Legitim

Viele Aktionen am Tag X verlassen den Rahmen des Legalen. Selbst eine Protestkundgebung auf den Schienen ist nicht mehr legal. Wir halten aber solche Ordnungswidrigkeiten und andere Verstöße gegen geltendes Recht für legitim, um uns gegen die ungleich größere Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft zu wehren. Für uns gilt der Grundsatz, daß alle Aktionen verhältnismäßig und vermittelbar bleiben. Sinnlose Zerstörung und Militanzgehabe ☘ schaden uns nur. ☘

WIGA

## Termin Kalender

21.1.: „Graue Wölfe“ • eine Informationsveranstaltung mit Kemal Bozay, Mitautor des Buches „Graue Wölfe heulen wieder“ • 18 Uhr • Universität Bielefeld • Raum V2-205

23.1.: „White Power Musik“ • Ein Mitarbeiter der schwedischen Antifa-Zeitschrift EXPO berichtet über internationale Verbindungen der rechtsextremen Musikszene • 20Uhr BürgerInnenwache am Siegfriedsplatz • Bielefeld

25.1.: „AJZ von Hinten“ • Konzert mit: *Mid Jouth Crisis, One Inch Ounch & Daisies* (Aus) • ab 22 Uhr • AJZ • Heeperstr.132 • Bielefeld

26.-28.1.: „Kuhle Wampe (oder wem gehört die Welt?)“ • Film nach dem Drehbuch von Bertholt Brecht über des Leben im Arbeitermilieu zur Zeit der Weimarer Republik • 22.30 Uhr • Lichtwerk • August-Bebel Str. 94 • Bielefeld

30.1.: 1. Nacht für improvisierte Musik mit vier Musikern und Instrumenten • 20.30 Uhr • Bunker Ulmenwall • Kreuzstraße 0 • Bielefeld

31.1.: „Kampf der Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft“ • Demonstration gegen das „Nationale Infotelefon Rheinland“ • Auftaktkundgebung 12 Uhr • Shadowplatz • Düsseldorf

7.2.: Bundesweite antifaschistische Demonstration gegen den NPD-Kongreß • 14 Uhr • Rathausplatz • Passau

7.2.: „AJZ von Hinten“ • Konzert mit *Flying Luttenbachers & U.S. Maple* • ab 22 Uhr • AJZ • Heeperstr. 132 • Bielefeld

13.2.: „Kein Mensch ist illegal“ • Veranstaltung mit VertreterInnen der „Sans Papiers“ aus Frankreich • 20 Uhr • IBZ • Teutoburger Str. 106 • Bielefeld

21.2.: „AJZ von Hinten“ • Konzert mit *Mad Sin/Oddballs* • ab 22 Uhr • AJZ • Heeper Str. 132 • Bielefeld

28.2.: „AJZ von Hinten“ • Konzert mit NRA, *GermAttack* und *Human Allert* • ab 22 Uhr • AJZ • Heeper Str. • 132 Bielefeld

## Termin Kalender